

7861

Anlage 5

Antrag auf Förderung der markt- und standortangepassten Landbewirtschaftung

An den Direktor der **Landwirtschaftskammer** als Landesbeauftragter,
über den Geschäftsführer der Kreisstelle als **Landesbeauftragter** im Kreise

Eingangsstempel

1. Antragstellerin / Antragsteller:

Einreichungsfrist
30.6.200..

HINWEIS:

Der Antrag kann nur bearbeitet werden, wenn die Angaben **vollständig** sind und der Antrag rechtzeitig eingereicht wird. Außerdem müssen sämtliche **Anlagen**, für die die Beihilfen beantragt werden, unterschrieben sein. Die Bearbeitung des Antrages erfolgt mit Hilfe der EDV.

Telefon	Telefax	Adress-/Unternehmensnummer
Bank, Institut	BLZ	Kontonummer

2. Sitz des Unternehmens (falls nicht Wohnort):

Straße	PLZ, Ort
--------	----------

3. Vertretungsberechtigte / Vertretungsberechtigter
(Im Vertretungsfall bitte Vollmacht beifügen)

Name, Vorname

Straße	PLZ, Ort
--------	----------

4. Fördermaßnahmen: Ich beantrage die

	bitte ankreuzen	Nur von der Kreisstelle auszufüllen
A. Förderung extensiver Produktionsverfahren im Ackerbau und bei Dauerkulturen, gemäß Anlage A - nach 6.1.1 der Richtlinie Verzicht auf chemisch-synthetische Düngemittel und Pflanzenschutzmittel - nach 6.1.2 der Richtlinie Verzicht auf chemisch-synthetische Düngemittel - nach 6.1.3 der Richtlinie Verzicht auf Herbizide - nach 6.2 der Richtlinie Anlage von Schonstreifen	D □ n. n	Vollständig ☐ plausibel ☐
B. Förderung extensiver Grünlandnutzung, gemäß Anlage B	n	☐ ☐
C. Förderung ökologischer Anbauverfahren, gemäß Anlage C	□	☐ ☐
D. Förderung der Festmistwirtschaft, gemäß Anlage D	□	☐ ☐

5. Ich bewirtschafte weitere Betriebe

ja ☐nein ☐

Die nachfolgend aufgeführten Verpflichtungen und Erklärungen dieses Antrags erkenne ich an.

Ort, Datum

Unterschrift der Antragstellerin / des Antragstellers

Nur von der Kreisstelle auszufüllen!
Die Sichtprüfung ist erfolgt.
Der Antrag wird zur Erfassung freigegeben.

vollständig
J/Nplausibel
J/N

Antrag erfasst

Datum, Unterschrift der Prüferin / des Prüfers

☐☐

Datum, Unterschrift der Erfasserin / des Erfassers

6. Verpflichtungen der Antragstellerin / des Antragstellers

Ich / wir **verpflichte(n)** mich / uns,

- 6.1 unabhängig von der beantragten Regelung nach den Anlagen A, B, C oder D die in den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen **für** die Förderung einer markt- und **standortangepassten** Landbewirtschaftung vom; Az: II A 6 - 72.40.32 - genannten Bedingungen einzuhalten, insbesondere die Verpflichtungen für die Dauer von mindestens 5 Jahren,

spätestens beginnend mit dem **1.7.200..** bis zum **30.6.200..**

- 6.1.1 den Umfang des Dauergrünlands im Gesamtbetrieb insgesamt, außer in Fällen des Besitzwechsels, der lang-jährigen **Stillegung** oder der Erstaufforstung derselben, nicht zu verringern,
- 6.1.2 jede Änderung, insbesondere jeden Wechsel des Nutzungsberechtigten sowie jede Änderung des **Umfangs** der geförderten Flächen oder des Viehbesatzes während des Verpflichtungszeitraumes mit dem Antrag auf Auszahlung und bei Flächenänderungen mit dem Änderungsantrag der Bewilligungsbehörde schriftlich mit-zuteilen,
- 6.1.3 die sich auf die Zuwendungen beziehenden Unterlagen für die Dauer von 10 Jahren aufzubewahren. Die Auf-bewahrungsverpflichtung beginnt mit Beginn des Verpflichtungszeitraumes.

7. Erklärungen der Antragstellerin / des Antragstellers

Ich / wir **erkläre(n)**, dass

- 7.1 ich / wir den Betrieb für die Dauer der Verpflichtung selbst **bewirtschafte(n)** und dass meine beantragten Flä-chen im Land **Nordrhein-Westfalen** liegen,
- 7.2 die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind.
- Mir / uns ist bekannt ist, dass
- 7.3 sofern während des Verpflichtungszeitraumes Flächen oder Teile davon, für die die Zuwendung gewährt wird, auf andere Personen über- oder **an meine(n) / unsere(n) Verpächter** / in zurückgehen, die für diese **Flächen** erhaltene Zuwendung außer in Fällen höherer Gewalt vollständig zurückzuzahlen ist, wenn der / die **Über-nehmer(in)** die eingegangenen Verpflichtungen nicht übernimmt / übernehmen,
- 7.4 die Bestimmungen unter Punkt 7.3 keine Anwendung finden, wenn
- 7.4.1 die Verpflichtungen bereits drei Jahre erfüllt wurden, die landwirtschaftliche Tätigkeit aufgegeben wird und sich die Übernahme der Verpflichtungen durch eine(n) **Nachfolger(in)** als nicht durchführbar erweist,
- 7.4.2 die Fläche, **für die** Beihilfe gewährt **wird**, während des gesamten Verpflichtungszeitraums um weniger als 5 v.H. verringert wird,
- 7.4.3 Flächen infolge **von** Enteignung und Zwangsversteigerung auf andere Personen übergehen,
- 7.4.4 Flächen infolge von Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz durch wertgleiche Flächen ersetzt werden, auf denen der/die Zuwendungsempfänger(in) die Maßnahmen **fortsetzt**,
- 7.5 sich in Fällen nach den Nummern 7.3 und 7.4 die Zuwendung für die Restlaufzeit entsprechend dem Umfang der ausscheidenden Fläche verringert,
- 7.6 ich / wir bei einer Förderung nach Anlage A bis C für Flächen, die im Rahmen einer gemeinschaftsrechtli-chen Regelung stillgelegt sind, keine Zuwendungen im Rahmen dieser Richtlinien **erhalte(n)**,
- 7.7 alle Angaben dieses Antrages, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Beihilfe abhängig sind, subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (Erstes Gesetz zur Be-kämpfung der Wirtschaftskriminalität, **1. WiKG**) in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe **von** Subventionen nach Landesrecht (**Landessubventionsgesetz**) vom 24. März 1977 (SGV. NW. 73) sind,
- 7.8 falsche Angaben **und / oder** die Nichteinhaltung der Verpflichtungen Erstattungsansprüche und Sanktionen gemäß Nr. **18.14** der Richtlinien **auslösen**,

7861**Anlage 5**

- 7.9 der Erstattungsanspruch mit 3 v. H. über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 1 EuroEG NW jährlich zu ver-
zinsen ist,
- 7.10 die Bewilligung der Beihilfe nach festgesetzten Prioritäten vorgenommen werden kann,
- 7.11 **sich** der **Verpflichtungs-** und Bewilligungszeitraum nach Ablauf am **30.6.2000..** um weitere 5 Jahre **verlängert**,
sofern ich / wir nicht bis 3 Monate vor Ablauf des laufenden **Verpflichtungszeitraums** die Verlängerung durch
schriftliche Erklärung ausschließe/n (Eingang bei der Behörde spätestens **31.3.2000..**) oder die Bewilligungs-
behörde die Verlängerung widerruft,
- 7.12 sich die EU mit Mitteln des **EAGFL**, Abteilung Garantie, bis zu maximal 50 v.H. der **förderfähigen** Höchst-
beträge an der Maßnahme beteiligt,
- 7.13 für alle Zahlungen ab dem **1.1.2002** die in den Richtlinien genannten **Euro-Beträge** gelten.

8. Einverständnis der Antragstellerin / des Antragstellers

Ich / wir bin / sind damit einverstanden, dass

- 8.1 die Angaben im und zum Antrag an die für die Förderung von **Agrar-Umweltmaßnahmen** gemäß **der Verord-**
nung (EWG) Nr. 2078/92 oder der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 in Nordrhein-Westfalen zuständigen **Or-**
gane des Landes, des Bundes und der EG übermittelt werden können - ich bin darüber belehrt worden, dass
die Erhebung vorstehender Angaben auf § 26 Abs. 2 Satz 1 und 2 des **Verwaltungsverfahrensgesetzes** des
Landes NRW (SGV. NW. **2010**) beruht, die Kenntnis der erbetenen Angaben der Überprüfung der
Voraussetzungen für die Gewährung der Zuwendung dient, und eine Berücksichtigung nur möglich **ist**, wenn die
Angaben in diesem **Antragsvordruck** enthalten sind -,
- 8.2 von der Bewilligungsbehörde weitere Unterlagen, die zur Beurteilung der Antragsberechtigung, der Antrags-
voraussetzungen sowie zur Feststellung der Höhe der Beihilfe erforderlich sind, angefordert werden **können**,
- 8.3 die zuständige Behörde die ihr vorliegenden Unterlagen des Betriebes nach **dem** Integrierten Verwaltungs-
und Kontrollsystem zur Entscheidung über den Antrag in allen geeigneten Fällen beizieht,
- 8.4 die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen und die Angaben in und zum Antrag auch an Ort und
Stelle durch die zuständigen Prüfungsorgane kontrolliert werden können, dass ich / wir oder mein / unser
Vertreter dem beauftragten Kontrollpersonal die Flurstücke und Wirtschaftsgebäude bezeichnen und es auf
oder in diese begleiten, ihnen das **Betretungsrecht**, das Recht auf die Entnahme von Aufwuchs- und Boden-
proben sowie ein angemessenes Verweilrecht auf den Grundstücken und in den Betriebs- und Geschäfts-
räumen sowie Einsichtnahme in die für die Beurteilung der Beihilfenvoraussetzungen notwendigen **betriebli-**
chen Unterlagen einräumen **muss** / müssen,
- 8.5 die Angaben zum Zwecke einer zügigen Bearbeitung des Antrages sowie zu statistischen Zwecken gespeichert
werden können und ich / wir über die Bedeutung und Wirkung des Einverständnisses sowie über dessen **Wi-**
derrufbarkeit belehrt worden bin / sind.
9. Die Richtlinien **über** die Gewährung von Zuwendungen für die Förderung einer markt- und **standortange-**
passten Landbewirtschaftung in **gültiger** Fassung sind **mir** bekannt.